



**Bettina Hagedorn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

Berlin, 19.01.24

## **Trotz Einhaltung der Schuldenbremse im Bundesetat 2024: 1 Milliarde ‚on Top‘ für soziales Wohnungsbauprogramm – alle sozialen Beschlüsse vom 16. November gesichert!**

*(In der Anlage finden Sie ein Foto zu Ihrer freien Verfügung)*

In seiner 10-stündigen Fortsetzung der Bereinigungssitzung vom 16. November 2023 hat der Haushaltsausschuss am 18. Januar 2024 endlich den Bundeshaushalt 2024 beschlossen, der erstmals seit 2019 wieder die Schuldenbremse einhält und dennoch alle bereits in der 16-stündigen 1. Bereinigungssitzung am 16. November gefassten Beschlüsse bestätigt hat. Bettina Hagedorn, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Ostholstein und stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, freut sich insbesondere auch, dass trotz schwierigster finanzieller Rahmenbedingungen die „Ampel“-Vertreter im Haushaltsausschuss sich auf eine Milliarde Euro ‚on Top‘ für ein neues Wohnungsbauprogramm im Niedrigpreissegment gezielt für Alleinerziehende, Singles und Senioren bei Bauministerin Klara Geywitz verständigen konnten.

Hagedorn: „**Es ist enorm wichtig, dass die schwächelnde Bauwirtschaft mit 1 Mrd. Euro ‚on TOP‘ für ein Wohnungsbauprogramm im Niedrigpreissegment in konjunkturell sehr angespannter Lage unterstützt wird. Dieses neue Programm soll in energetischen Neubauten modernen Wohnraum insbesondere für Alleinerziehende und Seniorinnen und Senioren im Umfeld der Städte ermöglichen, wo kleine bezahlbare Wohnungen leider Mangelware sind. Zusätzlich soll neben dieser Neubau- und der sozialen Wohnraumförderung eine 3. Säule zur Förderung des Wohnungsneubaus im**

**mittleren Preisbereich durch ein Zinsverbilligungsprogramm unterstützt werden. Da dieses Programm sehr kurzfristig wirken soll, wird es zeitlich auf 2024 und 2025 befristet und soll gezielt jene Neubauten fördern, die über die gesetzlich vorgeschriebenen Standards hinausgehen und eine deutliche Einsparwirkung haben – durch z.B. weniger Flächenverbrauch und deutlich geringere Baukosten.“**

Nachdem das Bundesverfassungsgericht den 2. Nachtragshaushalt 2021 mit dem Klima- und Transformationsfonds am 15.11.2023 für verfassungswidrig und nichtig erklärt hatte, fehlten im Bundeshaushalt schlagartig ca. 60 Mrd. Euro. So musste im Dezember zunächst ein Nachtragshaushalt für 2023 verabschiedet werden, damit die bereits verausgabten Milliarden zur Unterstützung der Bevölkerung und der Wirtschaft bei den Energiekosten wegen des Ukraine-Krieges solide finanziert waren. Erst danach konnte die Arbeit am Haushalt 2024 weitergehen, wo jetzt ebenfalls ca. 17 Mrd. Euro gegenüber dem Haushaltsentwurf vom Juli 2023 gekürzt werden mussten – und zwar möglichst ohne die Investitionen in den Klimaschutz, in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und bei der Hilfe für die Ukraine zu gefährden und dennoch die Schuldenbremse einzuhalten.

Bettina Hagedorn weiter: **„Ich bin froh, dass trotz der sehr schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen unsere wichtigen Beschlüsse im Haushaltsausschuss vom 16. November voll und ganz Bestand haben, denn damit schaffen wir jetzt endlich Planungssicherheit bei ganz vielen Betroffenen, Verbänden und Organisationen für 2024.**

**So haben wir im Familienministerium die massiven Kürzungen komplett zurückgenommen: durch ein Plus bei den Freiwilligendienste von 27 Mio. Euro (von 95 Mio. Euro auf insgesamt mehr als 122 Mio. Euro) und beim Bundesfreiwilligendienst durch ein Plus von 53 Mio. Euro (von 154 Mio. Euro auf 207 Mio. Euro). Das Präventionsprogramm für Schulen „Respekt Coaches“ haben wir durch ein Plus von 20 Mio. Euro quasi vor dem AUS gerettet (von 2,5 Mio. Euro auf 22,5 Mio. Euro) und die Jugendmigrationsdienste mit 10 Mio. Euro ‚on Top‘ (von 56 Mio. € auf 66 Mio.€) wieder gestärkt, damit viele Jugendliche bei ihrer Integration erfolgreich unterstützt werden können. Auch die Förderung von Baumaßnahmen in Mutter-Kind-Kurkliniken haben wir vor dem AUS gerettet und um das 14-fache von 400.000 Euro auf knapp 6 Mio. Euro erhöht. Damit können die Klinik-Träger Kapazitäten ausbauen und modernisieren, die gerade während der Corona Pandemie stark auf der Strecke geblieben sind. Im Etat des Innenministeriums wurde die Finanzierung der**

Migrationsberatung für Erwachsene mit insgesamt 213 Mio. Euro ‚on Top‘ gestärkt, davon allein 188 Mio. Euro für die Durchführung von ‚Integrationskursen mit Kind‘. Damit setzen wir ein klares Bekenntnis, dass das Erlernen der deutschen Sprache die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist. Auch die Beratungsstellen werden mit 20 Mio. Euro ‚on Top‘ (von 57 Mio.€ auf 77 Mio.€) finanziert sowie die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung mit 25 Mio. Euro (von 20 Mio. auf 25 Mio.€). Nahezu vollständig konnten auch die Erfolge im Haushaltsausschuss vom November 2023 für die Leistungen zur Eingliederung in die aktive Arbeitsmarktpolitik aufrechterhalten werden, als wir mit zusätzlich 1,3 Mrd. Euro aus Ausgabenresten die aktive Arbeitsmarktpolitik ‚on Top‘ gestärkt haben. wobei nun der Gesamttitel um lediglich 50 Mio. Euro gekürzt wurde (von 4,2 Mrd. auf 4,15 Mrd. Euro). Das Geld wird für Hilfen beim Wiedereinstieg ins Berufsleben und der Aus- und Weiterbildung dringend gebraucht, weil der Fachkräftemangel für unsere Betriebe immer drängender wird. Insgesamt bin ich froh, dass wir in dieser schwierigen Zeit mit der FDP und den Grünen diesen gemeinsamen Erfolg erzielen konnten. Befremdlich ist nur, dass die CDU/CSU sich als größte Oppositionsfraktion an den Haushaltsverhandlungen nicht mit einem einzigen konkreten Antrag konstruktiv beteiligt und sich bei allen Beschlüssen der Regierungsparteien konsequent enthalten hat – eine solche ‚Arbeitsverweigerung‘ der größten Oppositionsfraktion im Haushaltsausschuss habe ich in den über 21 Jahren meiner Zugehörigkeit in diesem Ausschuss noch nie erlebt.“